



Stenographischer Bericht

67. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. September 1997,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

TOP 2

Aussprache zu Großen Anfragen

a) Wirtschaftspolitik

Große Anfrage der Fraktion der SPD
- Drs. 2/3290

Antwort der Landesregierung - Drs. 2/3510

Frau Budde (SPD)	4999
Ministerpräsident Herr Dr. Höppner	5001
Herr Gürth (CDU)	5008
Frau Thomann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	5010
Herr Dr. Süß (PDS)	5011

b) Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion der CDU
- Drs. 2/3651

Antwort der Landesregierung - Drs. 2/3858

Herr Ritter (CDU)	5012, 5027
Minister Herr Reck	5020
Frau Kauerauf (SPD)	5024
Frau Stolfa (PDS)	5025
Frau Behnke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	5027

TOP 3

Fragestunde - Drs. 2/3896

Frage 1:
**Keine Benachteiligung bei Nichtberück-
sichtigung von Kindererziehungszeiten
bei Höherstufungen**

Frau Stolfa (PDS)	5029
Minister Herr Reck	5029

Frage 2:
**Sicherung der Unterrichtsversorgung
im neuen Schuljahr**

Frau Dr. Hein (PDS)	5030
Minister Herr Reck	5030

TOP 7

Erste Beratung

a) **Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur
Änderung des Gesetzes über kom-
munale Gemeinschaftsarbeit**

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 2/3894

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit sowie kommunalabgaben- und wasserrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drs. 2/3895

Minister Herr Dr. Püchel	5030, 5042
Herr Becker (CDU)	5033
Herr Weiland (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	5035
Herr Dr. Schuster (PDS)	5036
Herr Hoffmann (SPD)	5038
Herr Dr. Rönnecke (CDU)	5040
Ausschußüberweisung	5043

TOP 12

Beratung

Einstufung des in der Nacht vom 7. zum 8. Februar 1997 verübten Mordes an Frank Böttcher

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 2/3882

Herr Gärtner (PDS)	5044
Minister Herr Dr. Püchel	5045, 5050
Herr Becker (CDU)	5047
Herr Engel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	5048
Frau Leppinger (SPD)	5049
Frau Dr. Sitte (PDS)	5049
Herr Remmers (CDU)	5050
Beschluß	5051

TOP 13

Beratung

Diffamierende Äußerungen des Pressesprechers der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN über die Bundeswehr

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/3886

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- Drs. 2/3922

Herr Dr. Bergner (CDU)	5051, 5057, 5058
Herr Tschiche (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	5053, 5057, 5061
Herr Gärtner (PDS)	5055
Herr Dr. Fikentscher (SPD)	5056
Beschluß	5058

Persönliche Bemerkung gemäß § 67 GO

Frau Krause (PDS)	5061
-------------------------	------

TOP 14

Erste Beratung

Maßnahmen zur verstärkten Verbrechensbekämpfung

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/3887

Herr Reichert (CDU)	5061, 5068
Ministerin Frau Schubert	5063
Herr Tögel (SPD)	5065
Frau Knöfler (PDS)	5066
Herr Engel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	5067
Ausschußüberweisung	5068

TOP 15

Erste Beratung

Kommunalentlastung durch die Landesverwaltung

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/3888

Herr Becker (CDU)	5069
Herr Hoffmann (SPD)	5069
Minister Herr Dr. Püchel	5070
Ausschußüberweisung	5071

TOP 16

Beratung

Standortmarketing und Investorenwerbung für Sachsen-Anhalt im Zusammenspiel von Landesregierung und IIC

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/3889

Herr Prof. Dr. Spotka (CDU)	5072
Beschluß	5072

TOP 17

Erste Beratung

Umsetzung der Verwaltungsreform

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 2/3899

Frau Bull (PDS)	5072
Frau Fischer (Leuna) (SPD)	5074
Staatssekretärin Frau Plöger	5074
Ausschußüberweisung	5072

TOP 18**Erste Beratung****Erarbeitung eines Landesgesetzes zur Gleichstellung und gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen****Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 2/3900**

Frau Krause (PDS)	5075
Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU)	5077
Frau Lindemann (SPD)	5077
Frau Behnke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	5078
Ministerin Frau Dr. Kuppe	5078
Ausschußüberweisung	5077

TOP 19**Erste Beratung****Keine Aufweichung des „Schönes-Wochenende-Tickets“****Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 2/3904****Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/3935**

Herr Gärtner (PDS)	5079
Herr Kern (CDU)	5081
Herr Sachse (SPD)	5081
Ausschußüberweisung	5080

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf.

Beratung**Einstufung des in der Nacht vom 7. zum 8. Februar 1997 verübten Mordes an Frank Böttcher****Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 2/3882**

Der Antrag wird vom Abgeordneten Herrn Gärtner eingebracht.

Herr Gärtner (PDS):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle haben noch die Bilder vom Februar dieses Jahres im Kopf, das Bild der Mordstelle in Magdeburg Neu-Olvenstedt, getränkt vom Blut des in der Nacht vom 7. zum 8. Februar ermordeten 17jährigen Punks Frank Böttcher.

Wir erinnern uns an die Bilder der Demonstrationen gegen rechtsextremistische Gewalt, auf denen Freundinnen und Freunde und Sympathisantinnen und Sympathisanten gegen diese feige Mordtat protestierten und ihre Wut zum Teil durch Gewalt ausdrückten. Ich habe noch die Bilder der Mahnwache im Kopf, an der tagelang Freundinnen und Freunde von Frank Böttcher gesessen haben, um dort um den Ermordeten zu trauern.

Monate später erreichte uns die Meldung aus dem Innenministerium des Landes, daß der Mord an Frank Böttcher kein rechtsextremes Tötungsdelikt gewesen sei, da nach den Worten des Sprechers des Ministeriums dem Täter keine eindeutigen rechtsextremistischen Motive nachgewiesen worden seien und da er nicht in der Neonaziszene verankert gewesen sei.

Zynischer Höhepunkt ist dann allerdings der Versuch einer Definition von Rechtsextremismus durch denselben Sprecher. Er ist nämlich der Meinung, daß Rechtsextremismus als Bestrebung zur Systembeseitigung mit rassistischer und nationalistischer Motivation zu definieren sei.

Wenn das so ist, dann war der Mordversuch des Neonazis Kai Diesner an dem linken Buchhändler Klaus Baltruschat in Berlin-Marzahn kein rechtsextremistisches Tötungsdelikt; denn was hat eine solche Tat schon mit der Bestrebung zur Systembeseitigung zu tun?

Der Mord an einem Polizisten in Schleswig-Holstein durch denselben Täter könnte nach Auffassung des Sprechers des Ministeriums als gerade noch rechtsextremistisches Tötungsdelikt eingeordnet werden, denn der Polizist ist Vertreter des Staates. Einfach zynisch!

Das kann und wird die PDS nicht akzeptieren. Wir fordern mit unserem Antrag eine Korrektur der Polizeistatistik; denn nach unserer Auffassung ist der Täter eindeutig der Neonaziszene zuzuordnen. Er handelte auch mit einem klaren rechtsextremistischen Motiv. Wie soll ich sonst die Worte des Täters einordnen, daß ihn der bunte Punk an der Straßenbahnhaltestelle gestört habe? Genauso wäre er vermutlich gegen einen Menschen mit dunkler Hautfarbe mit demselben Motiv vorgegangen. Hat das nichts mit Rassismus tun?

Geprägt wird eine solche Einstellung durch die Alltagskultur, die gerade in einem Stadtteil wie Neu-Olvenstedt durch Vorurteile gegen anders aussehende und anders denkende Menschen gefördert wird. Ist es nicht maka-

ber, daß in einer Stadt die Gebiete nach dem Prinzip „Die Bunten und Linken in Stadtfeld und die Glatzen nach Olvenstedt und Nord“ aufgeteilt werden?

Wer dieses Prinzip durchbricht, wie es Frank Böttcher in der Mordnacht offensichtlich tat, hat einfach Pech gehabt. Frank Böttcher konnte es nicht wissen, er war zu jung.

Noch viel schlimmer ist, daß eine solche Einteilung durch die Stadt auch noch geduldet wird, indem Jugendförderung auf dieses Prinzip zugeschnitten wird.

Es bleibt weiterhin der Tatbestand, daß der Hinweis auf den Täter nach Aussagen der Polizei aus der rechten Skinhead-Szene kam. Wenn der Täter mit dieser angeblich nichts zu tun hat, muß man fragen, warum der Hinweis genau von dort kam. Um das konkret aufzuklären, fordern wir in Punkt 2 unseres Antrages, daß die Landesregierung im Ausschuß für Inneres über den Verlauf der Ermittlungen zu diesem Tötungsdelikt berichtet.

Es bleibt für uns die Frage, aus welchem Grund die Landesregierung versucht, die rechtsextremistische Gewalt im Land Sachsen-Anhalt mit geschönten bzw. verfälschten Angaben zu vertuschen. Ich kann sie namens meiner Fraktion nur auffordern, dies zu unterlassen. Aber vielleicht ist es auch Bestandteil ihrer momentanen Strategie, Rechtsextremismus als gesellschaftliches Randproblem darzustellen und die Bekämpfung einzig und allein der Polizei zu überlassen, gleichzeitig aber friedlichen und gewaltfreien Widerstand von Demokratinnen und Demokraten gegen alte und neue Nazis zu kriminalisieren. Das wäre angesichts des brutalen Mordes an Frank Böttcher allerdings fatal.

Weil ich mir schon ziemlich genau vorstellen kann, daß der Herr Innenminister unsere im Antrag aufgestellte Forderung strikt ablehnen wird, möchte ich Ihnen noch den Inhalt eines Briefes nahebringen, den unbekannte Freunde in kindlich hilfloser Schrift bei der Mahnwache hinterlassen haben. Mit Ihrer Genehmigung darf ich zitieren, Frau Präsidentin:

„Frank Böttcher, warum nur Du? Tief betroffen erhielten wir die Nachricht vom Tod unseres Kumpels. Du warst uns sehr sympathisch, warst immer ruhig. Wir kannten Dich zwar noch nicht lange, aber wir hatten genau den gleichen Eindruck wie Deine Kumpel, daß Du niemandem etwas zuleide tun konntest.

Wir waren auch mal rechts, bloß, wo wir euch kennengelernt haben, wurde uns klar, Deutschland zu verfluchen. Nazis sind das letzte, was es gibt. Wir kriegen die Glatzen und vernichten sie. Wenn einer geht, müssen die Täter auch gehen.

Frank, Du bleibst immer in unseren Träumen. Glatzen sind alle feige.“

Herr Minister, sagen Sie diesen jungen Leuten ins Gesicht, daß der Mord an Frank Böttcher kein rechtsextremistisches Tötungsdelikt gewesen sein soll. Ich weiß nur nicht, ob damit den Vorurteilen und der Ohnmacht entgegengewirkt wird, die in dem Brief zum Ausdruck kommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Gärtner, würden Sie eine Frage von Herrn Hoffmann beantworten? - Bitte sehr, Herr Hoffmann.

Herr Hoffmann (SPD):

Ich habe zwei kurze Fragen. Sie sagten am Anfang - so hörte sich das an -, daß Sie Gewalttaten und Ausschreitungen als Folge des Mordes nicht verurteilen würden. Wie beurteilen Sie die Gewalttaten der Linksextremisten nach dem Mord an Frank Böttcher? Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage: Sie sagten auch, die Stadt würde diese Zustände dort in Olvenstedt so dulden und die Jugendförderung so zuschneiden. Sie haben das leider nicht belegt. Mich hätte ein Beleg dafür sehr interessiert.

Herr Gärtner (PDS):

Sehr geehrter Herr Hoffmann, ich habe hier auf einen Fakt hingewiesen, auf den Tatbestand, daß dort Gewalt ausgeübt wurde. Ich finde es allerdings makaber, daß Sie mich das als erstes an dieser Stelle fragen und nicht auf etwas anderes eingehen.

(Beifall bei der PDS)

Sie wissen sehr genau, daß wir uns mit diesen Gewalttaten damals auseinandergesetzt haben. Frau Dr. Hein hat in ihrer Rede vor dem Landtag erklärt, daß wir das nicht gutheißen können.

Aber trotzdem frage ich Sie: Wenn in dieser Stadt das zweitemal seit 1990 ein Punk umgebracht wird, was sollen diese Punks dann denken? Ist es nicht einfach die Ohnmacht, die da zum Ausdruck gekommen ist?

Ich kann sagen: Ich will das auch nicht, ich möchte keine Gewalt. Aber ich habe mit den Leuten geredet, ich habe in den Nächten versucht, die Leute von Gewalt abzuhalten. Aber das ist ein bißchen schwierig. Und dem sollten Sie sich auch einmal stellen und sich mit diesen Leuten unterhalten und versuchen, Gewalt zu verhindern.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens zu der Frage, was die Stadt Magdeburg bewußt oder unbewußt hinsichtlich dieser Einteilung tut. Sie wissen, welche Projekte in Neu-Olvenstedt und in Nord angesiedelt sind, daß dort explizit Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen betrieben wird. Das will ich auch nicht in Frage stellen. Das Problem ist, daß es für den sogenannten Stino in diesen beiden Stadtgebieten kein Angebot gibt. Das heißt also, er hat drei Möglichkeiten: Die Möglichkeit 1 ist, er bleibt in seinen vier Wänden. Die Möglichkeit 2 ist, er zieht sich eine Bomberjacke und Springerstiefel an, weil er dann akzeptiert wird. Und die Möglichkeit 3 ist, er geht in ein anderes Stadtgebiet.

Alle drei Varianten finde ich allerdings nicht gut. Ich finde, es sollte dort dezentrale Angebote geben. Und dort sollte gerade mit den sogenannten Stino-Jugendlichen Arbeit geleistet werden, damit sie nicht der Nachwuchs für diese rechten Strukturen werden. Und Sie wissen auch, daß sozusagen das andere in anderen Stadtteilen gefördert wird - Knast, Stadtfeld, Uhlandstraße 8. Das sind sozusagen diese beiden Pole, die dort geschaffen worden sind.

Ich habe es zunächst für richtig gehalten, daß nach dem Mord von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern hinter den Kulissen versucht wurde, diesen Konsens erst einmal wiederherzustellen: Bleibt in euren Stadtteilen! Da haben die wirklich in den Nächten sehr viel gearbeitet, und dafür bin ich ihnen auch sehr dankbar.

Aber das ist erst einmal eine Realität. Das Problem ist, daß die Stadt mit dieser Realität umgehen muß. Meines Erachtens sollte man diese Realität nicht hinnehmen, sondern man sollte sie verändern, nämlich dahin, daß sich jeder Jugendliche dort aufhalten kann, wo er gerade lustig ist, ohne daß ihm in irgendeiner Weise etwas droht, zum Beispiel der Tod.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte mit Redezeiten von fünf Minuten je Fraktion in der Reihenfolge SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, PDS vereinbart worden. Zunächst erteile ich jedoch dem Minister des Innern Herrn Dr. Püchel das Wort.

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Antwort auf den vorliegenden Antrag ist eindeutig - da hat Herr Gärtner schon recht gehabt -: Die Einordnung des Tötungsdelikts an Frank Böttcher wird in der kriminalpolizeilichen Statistik nicht korrigiert werden.

Und damit verleugne und vertusche ich nichts, wie es mir von Ihnen, Frau Dr. Sitte, und von Ihnen, Herr Gärtner, am 5. August in einer Pressemitteilung unterstellt wurde. Ich halte mich nur an die Richtlinie des BKA, des Bundeskriminalamtes, an die alle Innenministerien und Landespolizeien gebunden sind.

Die Einstufung von Delikten in die polizeiliche Statistik für extremistische Straftaten erfolgt nach dieser bundeseinheitlichen Richtlinie. Diese Einheitlichkeit hat ihren Sinn, weil nur so die zentrale Sammlung und Auswertung der Landesstatistiken ermöglicht wird.

Extremistisch ist eine Straftat nach dieser Richtlinie dann, wenn die Tat sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet oder mittelbar auf diese Zielsetzung zurückzuführen ist, namentlich durch die Verbindung zu einer extremistischen Organisation. Extremistisch ist eine Straftat ferner, wenn sie ausländerfeindlich oder antisemitisch ist.

Bei dem Tötungsdelikt an Frank Böttcher in der Nacht zum 8. Februar waren diese Merkmale nicht erfüllt. Es handelte sich ohne jeden Zweifel um ein in seiner Brutalität und Motivation besonders verabscheuungswürdiges Verbrechen, das mich heute noch genauso erschüttert wie damals, als es passiert ist.

Für die Einstufung als rechtsextremistische Straftat im Sinne der genannten Richtlinie fehlt es nach den Ermittlungen der Polizei jedoch an entscheidenden Anhaltspunkten: Nach den Untersuchungsergebnissen war der Täter stark alkoholisiert und hat sich nach eigenen Angaben - so wenig dieses auch nachvollziehbar oder begreiflich ist - vom äußeren Erscheinungsbild des Opfers als Punk provoziert gefühlt und die Beherrschung verloren.

Der Täter war bis dahin als Tatverdächtiger wegen Eigentums- und Körperverletzungsdelikten, jedoch nicht wegen extremistischer Straftaten bekannt. Gegen die hier geforderte Einstufung seiner Tat als extremistisch spricht vor allem, daß die Zugehörigkeit des Täters zu einer extremistischen Organisation nicht festgestellt werden konnte. Die Erkenntnisse der Polizei decken sich insoweit mit denen der gerichtlichen Beweiserhebung, die zur Verurteilung des Täters führte und zu der

Sie überhaupt nichts gesagt haben, Herr Kollege Gärtner.

Hierbei wird nichts beschönigt und nichts verniedlicht. Unabhängig von der Einstufung oder Nichteinstufung bleibt das, was am 8. Februar 1997 geschah, eine verabscheuungswürdige, an Brutalität nicht zu überbietende Straftat.

(Zustimmung von Herrn Remmers, CDU)

Die Demonstration, die vierzehn Tage später durchgeführt worden ist, hat sich eindeutig gegen Gewalt gerichtet, und zwar nicht nur gegen Gewalt von rechts.

Meine Damen und Herren! Man kann die erläuterte Definition von Extremismus als zu eng empfinden und dementsprechend auch über die Einordnung der konkreten Tat streiten. In Unkenntnis der Definition und in gewohnt jugendlicher Schneidigkeit mag man der Antragsbegründung zufolge sogar klar und eindeutig zu anderen Beurteilungen kommen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mich jedenfalls macht gerade eine solche einfache und verbale Eindeutigkeit zu schwierigen Fragen, was die Fundiertheit der Beurteilung betrifft, skeptisch.

Die Polizei ist ungeachtet solcher Kritik an die geltende Richtlinie gebunden, wenn es um die statistische Einstufung der Straftat geht. Diese läßt eine andere Einordnung nicht zu.

Die Kritik der PDS zeugt leider nicht nur von fehlender Sachkenntnis im Hinblick auf die einschlägigen Rechtsvorschriften. Sie ist auch im Hinblick auf die Unterstellungen gegenüber der Landesregierung, dem Innenministerium und meinem Pressesprecher, der als zynisch bezeichnet wurde, was die Antragsteller an der statistischen Einstufung festzumachen suchten, schlicht an den Haaren herbeigezogen. Besonders deutlich wird dies vor dem Hintergrund des konkreten Ermittlungsverfahrens.

Der Polizei ist es im Februar in einer beispiellosen Ermittlungsaktion binnen elf Tagen gelungen, den Täter dingfest zu machen. In dieser Zeit hat die Polizei mehr als 120 Zeugenermittlungen und -vernehmungen und mehr als 20 Durchsuchungen und Sicherstellungen durchgeführt. Wenn jemand heute nach Gründen für die Überstundenbelastung bei der PD Magdeburg im Jahre 1997 fragt, wird er auch auf diese aufwendigen Ermittlungen stoßen.

Das anschließende Strafverfahren hat - dazu könnte Frau Ministerin Schubert mehr sagen - bereits im Juni zur Verurteilung des Täters geführt. Hier ist die Bestrafung der Tat auf den Fuß gefolgt, wie es immer wieder gefordert wird.

Meine Damen und Herren! Auf die schnelle Ermittlung und Bestrafung des Täters kam es gerade hierbei in Anbetracht der schrecklichen Tat, der öffentlichen Anteilnahme, der Verunsicherung und der angespannten Lage in Magdeburg im Anschluß an die Straftat an.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Bull beantworten?

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Meine Rede ist gleich zu Ende, dann kann Frau Bull ihre Frage stellen.

Dies ist Polizei und Justiz hervorragend gelungen. Rückblickend betrachtet, gilt mein Dank und meine Anerkennung denjenigen, die an der Strafverfolgung beteiligt waren.

Ich war in der Vergangenheit, wie Sie wissen, aus Respekt vor dem Ausschuß und aufgrund des Informationsbedürfnisses seiner Mitglieder stets bereit, im Innenausschuß das polizeiliche Vorgehen zu erläutern und zur Diskussion zu stellen.

In diesem Fall fehlt mir allerdings das Verständnis für den Antrag. Wer in Anbetracht der Ermittlungen und der Ermittlungserfolge bei dem Tötungsdelikt an Frank Böttcher glaubt, er könne weitreichende Kritik an Polizei und Landesregierung hinsichtlich der statistischen Einstufung dieser Tat üben und diesbezüglich einen Antrag im Landtag stellen, der irrt sich, meine Damen und Herren. - Danke.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Frau Bull, bitte.

Frau Bull (PDS):

Herr Minister, ich habe zwei Fragen. Meines Wissens gab es im Zusammenhang mit der Tat an Frank Böttcher aus rechtsextremen Kreisen, sprich Personen und Organisationen, das starke Bestreben, Demonstrationen durchzuführen. Wenn nach Ihrer Meinung diese Tat keinen rechtsextremistischen Hintergrund hatte, wie erklären Sie sich die Bestrebungen dieser Organisationen, dieses Ereignis in diesem Sinne zu nutzen?

Meine zweite Frage lautet: Wie beurteilen Sie als SPD-Politiker angesichts der Vielschichtigkeit rechtsextremistischer Vorgänge und rechtsextremistischer Entwicklungen die derzeit geltende Definition des Bundeskriminalamtes?

(Beifall bei der PDS)

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Zu Frage 1. Über die Beweggründe derjenigen, die eine Demonstration durchführen wollten, kann ich mich nicht äußern, da ich mit diesen Personen keinen Kontakt habe. Aber ich kann ganz klar sagen, daß wir diese Demonstration sofort verboten hätten. Vielleicht erinnern Sie sich daran.

Wir gehen also konsequent gegen jede extremistische Bestrebung vor und gehen dabei auch weiter als andere Bundesländer; denn bei uns wird de facto zum Beispiel jedes Skinhead-Konzert verboten, was in anderen Ländern nicht üblich ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch viele Beispiele dafür nennen, was wir tun, um vor allen Dingen auch der Gefahr von rechts zu begegnen. Sie ist eine Gefahr, und man muß sie auch realistisch einschätzen.

Zum zweiten. Ich habe Ihnen ja gesagt: Man kann diese Richtlinie so oder so beurteilen, und man muß über diese Richtlinie diskutieren. Aber sie existiert, und wir sind bei der Ausführung der Statistik an diese Richtlinie gebunden. Es kann nicht sein, daß ein Land diese Richtlinie so und das andere Land sie anders auslegt. Denn dann gibt es keine Vergleichbarkeit zwischen den Ländern mehr.

Frau Bull (PDS):

Darf ich nachfragen? Sie haben meine Frage nicht beantwortet.

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Doch, die habe ich beantwortet.

Frau Bull (PDS):

Ich habe nach Ihrer Bewertung gefragt, nicht nach den Sachzwängen.

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Ich habe Ihnen gesagt: Man kann über diese Richtlinie diskutieren, darüber nachdenken, ob sie alles erfaßt. Das ist eine andere Frage. Aber diese Richtlinie existiert zur Zeit, und wir sind bei der Erfassung der - -

Frau Bull (PDS):

Ich habe aber nach Ihrer persönlichen Meinung als SPD-Politiker gefragt, nicht nach den Sachzwängen.

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Ich glaube, ich habe die Frage klar beantwortet. Das reicht. Sonst könnten wir auch noch über andere Fragen diskutieren, so zum Beispiel darüber, wie Abgeordnete im Zusammenhang mit diesen Ereignissen ihre Befugnisse als Abgeordnete mißbraucht haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zuruf von Frau Blenkle, PDS)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Meine Damen und Herren! Bevor ich jetzt Frau Leppinger für die SPD das Wort erteile, möchte ich Schülerinnen und Schüler des Stephaneums Aschersleben und Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Eilsleben herzlich begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen - Frau Leppinger, SPD: Ich verzichte!)

- Frau Leppinger verzichtet. Dann erteile ich jetzt dem Abgeordneten Herrn Becker das Wort.

Herr Becker (CDU):

Meine Damen und Herren! Unzweifelhaft handelt es sich bei der Tötung Frank Böttchers um eine Straftat übelster Art, um Mord oder Totschlag, und als solche ist sie auch in der Kriminalstatistik zu führen. Der Innenminister hat zu Recht darauf hingewiesen: Dies ist Fakt und nicht mehr.

Nur, ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen, meine Damen und Herren von der PDS, etwas ins Stammbuch zu schreiben. Sie kommen mir vor wie Feuerwehrleute, die gerne zündeln und dann als erste mit Eimern an der Brandstelle stehen, um zu löschen.

(Beifall bei der CDU)

Dies haben Sie schon öfter praktiziert. Ich will Ihnen das am Beispiel der Demonstration in Naumburg vor Augen führen.

(Herr Claus, PDS: Das ist aber nicht der Gegenstand! - Frau Geikler, PDS: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

- Doch, das gehört hierher, Herr Claus. Denn das paßt mit meiner Behauptung zusammen, daß Sie ständig zündeln.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß Sie das nicht gerne hören; ich will es Ihnen aber sagen.

(Zurufe von der PDS)

In Ihrer Hauspostille, dem „Neuen Deutschland“, hat der Kollege Gärtner einen oder zwei Tage vor der Demonstration erklärt, Naumburg sei eine neofaschistische, rechtsextremistische Hochburg in Sachsen-Anhalt.

(Zuruf von Frau Geikler, PDS)

Daraufhin hat die Fraktionsvorsitzende Lindenberg der PDS in Naumburg im „Naumburger Tageblatt“ erklärt, sie verwehre sich gegen solche Vorwürfe, sie distanzieren sich insoweit von dem Landesvorstand der PDS.

(Zurufe von der PDS)

Sie hat ausgeführt, sie könne zahlreiche Passagen des Demo-Aufrufes nicht tolerieren, beispielsweise hinsichtlich der Anklage gegen die Stadt, diese würde neofaschistische Umtriebe leugnen oder teilweise decken. Frau Lindenberg wird im „Naumburger Tageblatt“ wie folgt wörtlich zitiert:

„Als Stadt verstehe ich hier den Gemeinderat, und der hat sich unter anderem betreffs der sogenannten schwarzen Listen in einer Erklärung aller Fraktionen deutlich positioniert.“

Herr Gärtner fuhr mit seinen Verunglimpfungen fort und sagte:

„Der OB wußte von diesen schwarzen Listen.“

Ich zitiere wörtlich das „Neue Deutschland“.

„Wir hätten eigentlich von ihm erwartet, daß er sich gerade mit den in seiner Stadt bedrohten Leuten solidarisch erklärt. Das hat er bislang nicht getan.“

(Herr Gärtner, PDS: Das ist die zweite schwarze Liste!)

Fakt ist, daß ich mich - nachzulesen im „Naumburger Tageblatt“ vom 5. November - genau davon distanziert habe. Ich werde Ihnen daraus vorlesen.

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege - -

Herr Becker (CDU):

Sie werden sich das anhören müssen, ob Sie wollen oder nicht; das ist mir egal.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege - -

Herr Becker (CDU):

Ich zitiere:

„... weil dem Bürgermeister Becker nichts ferner liegt, als militante linksextremistische Aktivitäten zu unterstützen ...“

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege Becker!

Herr Becker (CDU):

Einen Satz noch.

„Er vertritt die Überzeugung, daß die große Mehrheit der Naumburger Bürger weder links- noch rechtsradikal ist und sich solche Machwerke verbittet.“

(Zuruf)

Der letzte Satz heißt:

„In der genannten schwarzen Liste werden auch drei Naumburger Stadträtinnen und Stadträte sowie ein ehemaliges Mitglied des Gemeinderats genannt.“

Darunter war übrigens ein Mitglied der PDS.

„Deren gute Arbeit im Naumburger Stadtparlament gibt keinerlei Anhaltspunkt für die hier geäußerten schwerwiegenden Vorwürfe.“

(Zuruf von Herrn Gärtner, PDS)

Das habe ich gesagt. Aber der Wahrheit zuwider - Leute, die die Unwahrheit sagen, nennt man nach dem Duden Lügner - hat der Abgeordnete Gärtner etwas ganz anderes behauptet.

(Herr Gärtner, PDS: Sie lügen!)

Das ist unfair. Das ist undemokratisch, und damit zündelt er. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Kollege Becker, bei aller Erregung, wenn ich Sie unterbreche, dann bitte ich Sie, das zu respektieren. Ich wollte Sie aufrufen, zur Sache dieses Antrages zu reden.

(Zustimmung bei der PDS - Zuruf von der CDU: Hat er doch! - Frau Stange, CDU: Das ist es doch! - Weiterer Zuruf von der CDU: Das ist eine Schande! - Frau Blenke, PDS: Das möchte ich einmal sehen bei Ihrem Präsidenten! - Herr Knolle, CDU: Eine Präsidentin darf nicht zündeln! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Herr Kollege Knolle, wie haben Sie das eben gemeint?

(Herr Knolle, CDU: So wie ich es gesagt habe!)

Dann möchte ich Ihnen hiermit einen Ordnungsruf erteilen.

(Zustimmung)

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich das als eine persönliche Beleidigung empfinde.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren! Für die Fraktion des Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Herr Engel das Wort.

Herr Engel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Der Mord an Frank Böttcher hat heute noch einmal eine Diskussion hervorgerufen,

die sehr breit gefaßt wurde, wie wir eben an den Ausführungen des Kollegen Herrn Becker gesehen haben.

Ich fürchte, daß es angesichts der Lage, die wir in diesem Umfeld haben, nicht die letzte Debatte gewesen sein wird und daß wir nicht zum letztenmal über dieses traurige Thema des Rechtsextremismus mit all seinen Schattierungen zu reden haben werden. Das wird wahrscheinlich eine Zukunftsaufgabe sein.

Ich glaube nicht, daß es sehr hilfreich ist, wenn wir uns wechselseitig erregen. Ich habe das Gefühl, wir sitzen an dieser Stelle alle in einem Boot;

(Herr Knolle, CDU: Nicht mit der PDS! - Weitere Zurufe von der CDU)

denn wenn dieser Extremismus tatsächlich aufkommt, dann werden wir alle darunter zu leiden haben. Es wird natürlich wieder welche geben, die sehr schnell abtauchen, aber ich glaube, die Demokratie wird am Ende einen Schiffbruch erleiden.

Ich bin auch der Ansicht der Antragsteller, daß diese Eingruppierung dieser Straftat in das allgemeinpolitische Umfeld der Sachlage nicht ganz gerecht wird. Das ist jedoch eine Diskussion, die in der alten Bundesrepublik sehr oft und sehr lange geführt wird, speziell als es um das RAF-Umfeld ging, wurde darüber diskutiert, ob die Taten - damals ist die Argumentation auf der anderen Seite geführt worden - nach der BKA-Richtlinie tatsächlich richtig eingeordnet seien.

Es hat daraufhin immer den Hinweis gegeben, den ich nur wiederholen kann: Er gibt weitere Dateien der Polizei, die ein bißchen im Untergrund behandelt werden, die Verbunddatei des Staatsschutzes „Apis“, die am Ende doch eine nähere Beleuchtung der Straftaten mit Umfeldproblematiken aufführt, und es gibt natürlich auch den Verfassungsschutzbericht, so daß ich sagen muß, daß es darin auch irgendwann einmal auftauchen wird.

Aber wir sollten nicht glauben, daß Statistiken das Leben sind. Auch diese Polizeistatistiken mit ihren Schwächen sind es nicht. Wir haben es doch alle erlebt, mit welchen Unsicherheiten Waffeneinsätze in der Statistik erfaßt werden. Wir haben es erlebt, wie Wohnungseinbrüche statistisch nach oben getrieben wurden. Die Statistik ist tatsächlich überholungsbedürftig und steht in der Bonner Szenerie seit langem auf dem Prüfstand. Sie muß angepaßt werden. Diese Aufgabe steht vor uns. Darüber werden wir uns auch weiter zu unterhalten haben.

Aber Statistiken - dabei wiederhole ich mich gem - sind nicht das Leben. Das Leben hat in den Stunden und den Tagen nach dieser schrecklichen Tat stattgefunden. Sie haben gesehen, daß eine breite gesellschaftliche Mehrheit voller Abscheu der Sache gegenübergestanden hat und daß es eine partei- und gruppenübergreifende Initiative für eine Demonstration gegeben hat, an der sich Mitglieder unseres Hauses, auch der Landesregierung, beteiligt haben. Ich glaube, daß sind die adäquaten Antworten auf solche Ereignisse. Wir müssen aufpassen, daß wir als Demokraten Flagge zeigen.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD)

Wenn irgendwelche Statistiker Straftaten an der falschen Stelle einordnen, dann ist das, wie gesagt, nicht das Leben. Ich fordere alle auf, dann, wenn Ereignisse

passieren, demokratisch Flagge zu zeigen. Das ist in diesem Hause schon geschehen. Das ist der Kern der politischen Auseinandersetzung. Die Flagge der Demokratie muß hochgehalten werden, und es muß denen gezeigt werden, wo die Grenze ist. Wir müssen zeigen: Das gibt es in Sachsen-Anhalt nicht.

Für den Fall, daß irgendwelche Statistiker das hinterher in die falsche Rubrik einordnen, sage ich Ihnen: Überschätzen Sie nicht den Wert der Statistik. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der PDS: Unterschätzen Sie ihn nicht!)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Engel, sind Sie bereit, eine Frage von Frau Krause zu beantworten? - Bitte, Frau Krause.

Frau Krause (PDS):

Ich muß folgendes vorausschicken, Herr Engel. Ihrer Aussage, daß man nach solchen Ereignissen sehr nachdrücklich Flagge zeigen muß, stimme ich uneingeschränkt zu.

Würden Sie mir darin zustimmen, daß dieses Flaggezeigen im Vorfeld zur Abwehr solcher Entwicklungen viel wichtiger ist?

Herr Engel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe zu Beginn meiner Rede gesagt, daß wir uns anlässlich der Problemlage in Deutschland mit dem gesamten Problemkreis noch oft werden beschäftigen müssen. Ich fürchte, auch die Demonstration nach den Ereignissen um Frank Böttcher herum war eine Geschichte im Vorfeld, die wir gemacht haben. Ich fürchte, daß uns in diesem Land noch ähnliche schlimme Ereignisse bevorstehen. Deswegen mußten wir das Ereignis nutzen, um zu zeigen, daß es so nicht weitergeht. Deswegen ist das Danach leider auch immer ein Davor.

(Beifall beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Frau Leppinger, möchten Sie noch eine Frage an Herrn Engel stellen?

(Frau Leppinger, SPD: Ich möchte gerne etwas sagen!)

- Sie möchten gern reden. Bitte schön.

Frau Leppinger (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe meinen schriftlich vorbereiteten Redebeitrag beiseite gelegt, weil über die Statistik und die Fakten eigentlich alles gesagt worden ist. Ich denke, der PDS ging es bei ihrem Antrag auch gar nicht um die Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Der PDS ging es in ihrem Antrag einzig und allein darum, der Landesregierung eine Verharmlosung von Rechtsextremisten vorzuwerfen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der PDS: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren von der PDS, Sie glauben doch nicht wirklich, daß Ihnen das irgend jemand ernsthaft abnimmt.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Tatsache, daß wir engagiert den Rechtsextremismus bekämpfen, ist das geradezu lächerlich. Angesichts der Tatsache, daß Sie oder besser die PDS-nahe Elsa, dieser Bildungsverein,

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

noch vor ein paar Tagen einer Linksextremistin, einer Terroristin, nämlich Inge Viett, ein Podium geboten hat, und zwar nicht zur kritischen Auseinandersetzung, sondern zum Beklatschen,

(Herr Dr. Daehre, CDU: So ist das!)

ist das, was Sie heute hier spielen, sehr fragwürdig und makaber.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf, Ihr Verhältnis zu Leuten zu klären, die zu Gewalt aufrufen. Es gibt keinen guten und keinen schlechten Mord. Es gibt keinen guten Mord von RAF-Terroristen, und es gibt keinen schlechten Mord von Rechtsradikalen. Mord ist Mord, und ein gelähmter Polizist bleibt sein Leben lang gelähmt.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Frau Leppinger, wollen Sie noch eine Frage beantworten? - Sie wollen es nicht tun.

Jetzt hat für die PDS-Fraktion noch einmal der Abgeordnete Herr Gärtner das Wort. - Er verzichtet. - Frau Dr. Sitte, die Fraktionsvorsitzende. Bitte sehr.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht in unserem Antrag um einen rechtsextremistisch motivierten Mord.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Nein!)

- Herr Bergner, Sie kriegen mich hier vorne nicht zum Schreien.

(Zuruf von der CDU: Sie hätten es gern!)

Das ist kein Thema, bei dem Sie mich hier zum Schreien bringen.

(Beifall bei der PDS)

Was wir der Landesregierung vorwerfen, hat Frau Leppinger klar gesagt: Es gibt eine Spannweite der Wertungsmöglichkeiten. Diese Wertungsmöglichkeiten lassen eine andere, eine konsequentere Zuordnung zu.

Ich sage Ihnen - das bestätigen auch immer wieder die Erfahrungen, die wir machen -: Formale Enge leistet dieser Entwicklung Vorschub. Diese Statistik führt an dieser Stelle bewußt - sie ist ja einmal gemacht worden - am Kern vorbei. Warum lehnt sich die Landesregierung nicht dagegen auf, indem sie sich entweder nicht dieser Interpretation ausliefert und eine andere Bestimmung oder Zuordnung vornimmt und/oder auf Bundesebene immer wieder konsequent gegen derartige Zu-

ordnungen - wie immer man das auch nennen will - interveniert?

(Beifall bei der PDS)

Der Innenminister ist für mich nicht nur ein Ausleger von Vorschriften und Richtlinien. Der Innenminister hat ein politisches Amt in diesem Land.

(Beifall bei der PDS)

Dieses politische Amt reklamiert sogar jeder Polizeipräsident für sich. Dieser Verantwortung muß er souverän nachkommen. Das wollte Frau Bull von Ihnen wissen. Das will meine ganze Fraktion von Ihnen wissen, und das erwarten wir auch alle von Ihnen.

(Zuruf von Herm Oleikewitz, SPD)

Auch der Landtag hat politisch gewertet. Der Landtag hat eine Schweigeminute eingelegt. Wenn wir bei dieser Praxis bleiben, die uns mit der Einordnung nach dieser Definition in die Statistik demonstriert worden ist, dann kann man nach einer Statistik ungestraft, ohne rechts-extremistisch eingeordnet zu werden, Kirchen anzünden, man kann Synagogen in diesem Land überfallen, man kann Überfälle auf Zeltplätze vornehmen, man kann ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger überfallen, man kann Jagden auf sie veranstalten. Da kann ein Bundespräsident als Vaterlandsverräter eingeordnet und beschimpft werden.

(Oh! bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU: Jetzt wird es aber verrückt! Wissen Sie eigentlich, was Sie da sagen?)

Wenn das alles möglich ist, dann ist doch an dieser Seite etwas faul, jedoch nicht an unserer Einordnung.

(Beifall bei der PDS - Herr Dr. Daehre, CDU: Oh! - Herr Becker, CDU: Nicht so laut!)

Wir möchten nichts weiter, als daß genau das eintritt, was Herr Engel sagt: daß die Statistik das Leben wahrheitsgetreu wiedergibt. Dann muß die Statistik geändert werden und nicht das Leben schlechthin.

(Beifall bei der PDS)

Wir wollen, daß man beim Namen nennt, was passiert. Wenn offensichtlich Fälschungen von Statistiken geduldet werden und nicht einmal im Ansatz bekämpft werden sollen,

(Unruhe bei der CDU - Herr Dr. Daehre, CDU: Das sind Unterstellungen! - Frau Stange, CDU: So ist es nicht!)

dann bleibt für uns der Mord an Frank Böttcher mit diesem rechtsextremistischen Hintergrund nicht vergessen. Und das ist ein Versprechen.

(Beifall bei der PDS - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Dr. Püchel hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Herr Dr. Püchel, Minister des Innern:

Sehr geehrte Präsidentin! Ich verwahre mich gegen die Aussage, daß in diesem Land Statistiken gefälscht wurden. Die sind früher viele Jahre lang gefälscht worden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Unter dieser Fälschung haben wir alle gelitten. Sprechen Sie mit Vertretern des Bürgerkomitees, die in den Stasi-Zentralen Statistiken über Straftaten in der DDR gefunden haben, von denen die Öffentlichkeit nie erfahren hat. Ich hätte das nicht gesagt, hätten Sie mir nicht Fälschung unterstellt.

Ich glaube, ich habe in den drei Jahren, in denen ich im Amt bin, gezeigt, wie ich zum Rechtsextremismus stehe, daß ich ihn nicht nur verurteile, sondern auch konsequent gegen ihn vorgehe. Ich lasse mir von Ihnen so etwas nicht unterstellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stolfa:

Herr Remmers hat um das Wort gebeten. Das ist möglich, nachdem der Minister noch einmal gesprochen hat.

Herr Remmers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will zu der Frage zunächst einmal feststellen, daß ich die Einstufung, die der Innenminister vorgenommen hat, teile. Ich bin der Meinung, daß das Innenministerium seiner Verantwortung zum sorgfältigen Prüfen und dann zu entscheiden, auch nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme in dem Strafverfahren - in dem übrigens niemand, der ein so scheußliches Verbrechen begangen hat, unbestraft blieb, sondern bestraft worden ist -, nachgekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das wird von mir voll gebilligt.

Ich will in diesem Zusammenhang auf einen anderen Gesichtspunkt hinweisen, da mir das bei dieser Diskussion etwas zu kurz kommt. Es geht nicht darum, ob Sie eine schreckliche Tat, bei der ein Mensch starb und ein anderer für sehr lange Zeit hinter Gittern leben wird, politisch oder anders etikettieren. Sie sollten damit aufhören, zu versuchen, diese Jugendstraftaten unbedingt in politische Kästchen zu quetschen.

(Beifall bei der CDU)

Alle Fachleute, die sich außerhalb des politischen Spektrums mit dieser Art von Gewalt befassen, sagen mir bis heute, daß wir bei der Etikettierung solcher scheußlichen Taten gerade von jungen Menschen sehr vorsichtig sein müssen, weil wir zwei Fehler machen können.

Das eine ist: Wir müssen die wirklichen Motive kennenlernen, um dann auch prophylaktisch etwas zu tun. Wenn wir auf den Leim gehen, daß wir eine Begründung bei den jungen Leuten nachliefern, dann laufen wir vielleicht auch bei unseren Strategien der Verhinderung und der Heilung solcher Probleme in die Irre.

Das zweite ist folgendes: Wenn man sich mit Staatsanwälten und anderen darüber unterhält, was sich in diesem Bereich tatsächlich abspielt, dann erfährt man häufig, daß es nicht der politische Ursprung und die politische Richtung ist, die zu solchen Dingen führt, sondern daß es tatsächlich manchmal die einzelne, aber auch manchmal die gemeinschaftlich begangene Gewalt als solche ist, die die Leute reizt, solche Taten zu begehen, weil sie darin eine besondere Art von Solidarisierung gegen ihre Isolierung in unserer Gesellschaft finden.

Das heißt, wenn wir hingehen und solche Dinge so ganz einfach in ein Links-Rechts-Schema - und nur in dieses - einordnen, dann machen wir, glaube ich, einen ganz entscheidenden Fehler.

Deswegen ist der Vorwurf der Fälschung nicht nur falsch, sondern er ist sogar völlig unangebracht. Im Gegenteil, was hier geboten wird, ist eine sehr differenzierte Betrachtungsweise.

Dieser werden wir am besten gerecht, wenn, wie es hier erfolgt ist, schnell ermittelt, zügig und konsequent verurteilt wird und nichts ungestraft bleibt, Frau Sitte, sondern tatsächlich konsequent gestraft wird, wir uns aber bei der Ursachenforschung nicht mit einfachen Rechts-Links-Einordnungen zufriedengeben, sondern dort etwas differenzierter hinschauen. Nur dann haben wir hinterher die richtige Strategie, um möglichst zu verhindern, daß solche Dinge sich wiederholen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Stofa:

Meine Damen und Herren! Wünscht noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Drs. 2/3882. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei zwei Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt. Der Tagesordnungspunkt 12 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Beratung

Diffamierende Äußerungen des Pressesprechers der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN über die Bundeswehr

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 2/3886

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 2/3922

Der Antrag der CDU-Fraktion wird vom Abgeordneten Herrn Dr. Bergner eingebracht.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Uns allen sind die ungeheuerlichen Anwürfe des Pressesprechers der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen unsere Bundeswehr noch im Bewußtsein.

Ich möchte als erstes feststellen: Wer sich einer solchen menschenverachtenden Sprache bedient, wie es Herr Rost getan hat, sollte nicht den Anspruch erheben, von pazifistischen Motiven getragen zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Damit bin ich bei einer ersten und leider etwas verallgemeinerungsfähigen Aussage. Mir ist klar, daß in einem demokratischen Staat mit freier Meinungsäußerung über jede seiner Institutionen gegensätzliche Meinungen im Umlauf sind, so auch bezüglich der Bundeswehr. Aber eine meiner Grunderfahrungen im Umgang mit zahlreichen Gegnern der Bundeswehr ist, daß bei ihnen sehr viel Militanz unterwegs ist, die sich schamlos als Pazifismus ausgibt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich als erstes zu den Äußerungen von Herrn Rost feststellen: Hinter diesen Vorwürfen an die Bundeswehr steht ein heuchlerischer Anspruch.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt. Die Vorwürfe sind falsch, und sie sind schädlich; denn sie entfalten eine zerstörerische Wirkung. Die Vorwürfe von Herrn Rost sind falsch und damit verleumderisch, allein vor dem Hintergrund des grundgesetzlichen Auftrags unserer Bundeswehr.

Die Bundeswehr ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft, und sie leistet einen notwendigen und unverzichtbaren Beitrag Deutschlands für die europäische Friedensordnung.

Ich glaube, an dieser Stelle wäre es vielleicht sogar besser, wenn wir Gelegenheit hätten, Menschen zu Wort kommen zu lassen, die heute aus ganz unmittelbarer Erfahrung berichten können. Ich habe vor Monaten mit einem bosnischen Bürgerkriegsflüchtling gesprochen, der zu Hause die Rückkehr seiner Familie vorbereitet und der das Wirken der Bundeswehr im Rahmen der Sfor-Einsätze im ehemaligen Jugoslawien gelobt hat. Er hat gesagt: Wir müssen Deutschland dankbar sein, daß es Bundeswehrsoldaten für dieses Kontingent zur Verfügung gestellt hat, sonst könnte ich nie mit meiner Familie in die Heimat zurück.

(Beifall bei der CDU)

Es muß Ihnen doch als Bündnisgrünen - denn Sie verbinden das Ganze leicht mit einem Pathos zur Bürgerrechtsbewegung - zu denken geben, daß mir in einem Telefongespräch Bärbel Bohley,

(Frau Blenkle, PDS: Ach!)

die ihren humanitären Einsatz in Sarajevo leistet, gesagt hat: Ich bin dankbar, daß Bundeswehrsoldaten vor Ort sind, und ich wünsche mir eigentlich noch mehr Befugnisse für diese Soldaten vor Ort, damit wir in der Befriedung dieses Landes weiterkommen.

(Herr Bischoff, SPD: Sie hat vor vier Jahren noch etwas anderes gesagt!)

Ich könnte einen Professor für Recht, mit dem ich vor wenigen Tagen anlässlich der Einweihung des Juridikums gesprochen habe, Professor Rauschnig, erwähnen, der an einem Menschenrechtsgerichtshof in Sarajevo arbeitet und sagt, ohne Sfor-Truppen und ohne Bundeswehr wäre das ganze Unternehmen, wäre die Sicherung der Menschenrechte im ehemaligen Jugoslawien überhaupt nicht denkbar.

Selbst auf die Gefahr hin, daß Sie jetzt von einer bestimmten Seite mit Gejohle antworten, möchte ich Ihnen empfehlen: Suchen Sie einmal das Gespräch mit unserem Abgeordneten Karsten Knolle, der auch erst kürzlich in Sarajevo gewesen ist und sich dort über den Einsatz der Bundeswehr informiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Sprechen Sie einmal mit den politischen Vertretern der mittelosteuropäischen Staaten, die jetzt die Mitgliedschaft in der NATO suchen und beantragen. Ich hatte neulich die Gelegenheit, mit einer Rumänin, einer einfachen Bürgerin, zu sprechen, die schwer enttäuscht war, daß für Rumänien keine klarere Perspektive hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft gegeben wird.